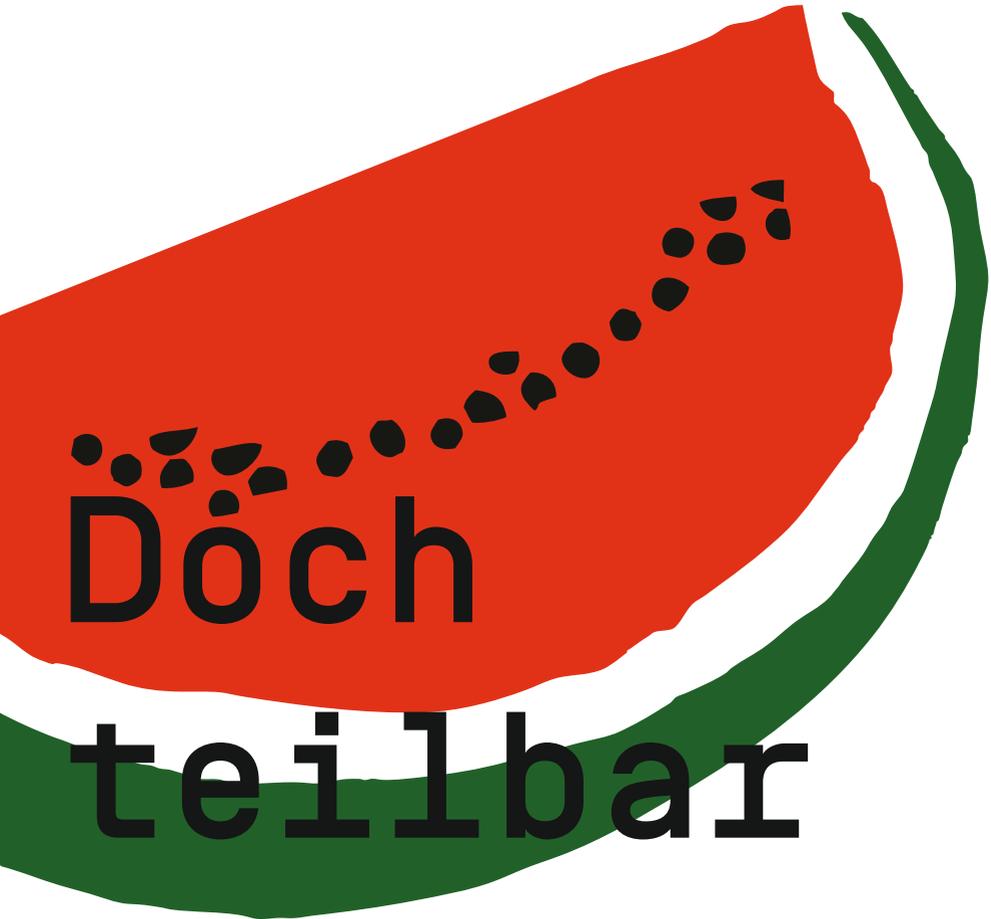


rundschreiben
02/23 - **Auszüge**



medico international



Menschenrechte in Israel/Palästina

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 02-23 -

Auszüge



Titel: Melone statt Flagge.
Khaled Houranis „Watermelon Flag“ – eine Variation der Farben der palästinensischen Flagge – erzählt vom Verbot nach 1967, diese Farben in Gemälden zu verwenden. Sie ist zugleich vitaminreiche Alternative zur in die Jahre gekommenen Nationalfahne. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Künstlers.

4 Editorial



6 Doppelstandards
Leitartikel zur deutschen Politik gegenüber Palästinenser:innen

10 MENSCHENRECHTE IN ISRAEL/ PALÄSTINA

Hoffnung wäre paradox
Schlaglichter der Besatzung

17 Neunzehneinhalb
In Palästina ist ein politischer Neuanfang überfällig

20 Bürokratische Gewalt
Unter israelischer Kontrolle: Gesundheitsversorgung in Gaza

22 Für das Recht auf Rechte
medico-Arbeit und aktuelle Kooperationen vor Ort

24 Staatsräson sticht Grundrechte
Einschränkungen palästinensischen Protests in Deutschland

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantwortl.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Der Leviathan soll Sicherheit bieten. Für Minderheiten bedeutet das oftmals Repression

Liebe Leserinnen und Leser,

„Panic and neglect“ heißt die neue Folge des medico-Podcasts über die Weltgesundheitspolitik vor und nach Corona. Wichtige Lehren werden nicht gezogen, auf Panik folgt Ausblenden. „Neglect“ bedeutet allerdings nicht nur das. Es gibt auch ein gleichnamiges neurologisches Krankheitsbild: Ein Neglectpatient isst nur eine Hälfte seines Tellers und rasiert sich nur eine Gesichtshälfte, er „übersieht eine Seite der ihn umgebenden Welt“, heißt es bei Wikipedia. Im allwissenden Internet findet sich allerdings nichts zu einer möglichen sozialpsychologischen Ausprägung dieses Krankheitsbildes. Das überrascht. Denn eigentlich kann es keinen Zweifel geben, dass sich unsere Öffentlichkeit derzeit in einem kollektiven Neglect befindet.

Die Menschenrechte beispielsweise werden zwar unablässig bemüht. Sie fristen allerdings ein ziemlich beliebiges Dasein und bleiben von den Tatsachen der situativ ausgeblendeten Welthälfte unberührt. Während vor kurzem noch lautstark nach Waffen zur Verteidigung der westlichen Werte gerufen wurde, fiel die Reaktion auf die Zustimmung der Bundesregierung zum neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) deutlich leiser aus. Was gestern in der Verteidigung der Ukraine ein neues europäisches Selbstbewusstsein begründete, spielt schon heute an Europas Grenzen kaum noch eine Rolle.

Ähnliche Doppelstandards gelten auch beim Umgang mit den Palästinenser:innen. Die „Wiedergutwerdung der Deutschen“, die sich nicht über die Bekämpfung von Neonazis vollzieht, sondern beispielsweise über Verbote von palästinensischen Veranstaltungen, hat erneut eine eigentümliche

Wendung genommen. In vielen Teilen der Welt wird das nicht erst seit der documenta mit einer Mischung aus Belustigung und Entsetzen wahrgenommen. Über die „Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson“ und deren Konsequenzen für die Menschenrechte der Palästinenser:innen schreiben Riad Othman im Leitartikel sowie der Jurist Ralf Michaels. Katja Maurer reflektiert in ihrer Reportage nicht nur Eindrücke ihrer Reise nach Palästina und Israel. Sie geht auch der Frage nach, wie es heute um die von medico vor 21 Jahren zu dem asymmetrischen Konflikt formulierten „Zeichen paradoxer Hoffnung“ steht. Ihre Reportage ist übrigens nach zwei Jahrzehnten als Chefredakteurin des rundschreibens ihr erster Beitrag aus dem Ruhestand. Wie Katja in dieser Zeit medico prägte, lesen Sie ab Seite 50.



Jüngst ist Mario Neumann zusammen mit Katja Maurer durch Israel/Palästina gereist. In ihrer Nachfolge ist er nun verantwortlicher Redakteur des rundschreibens.

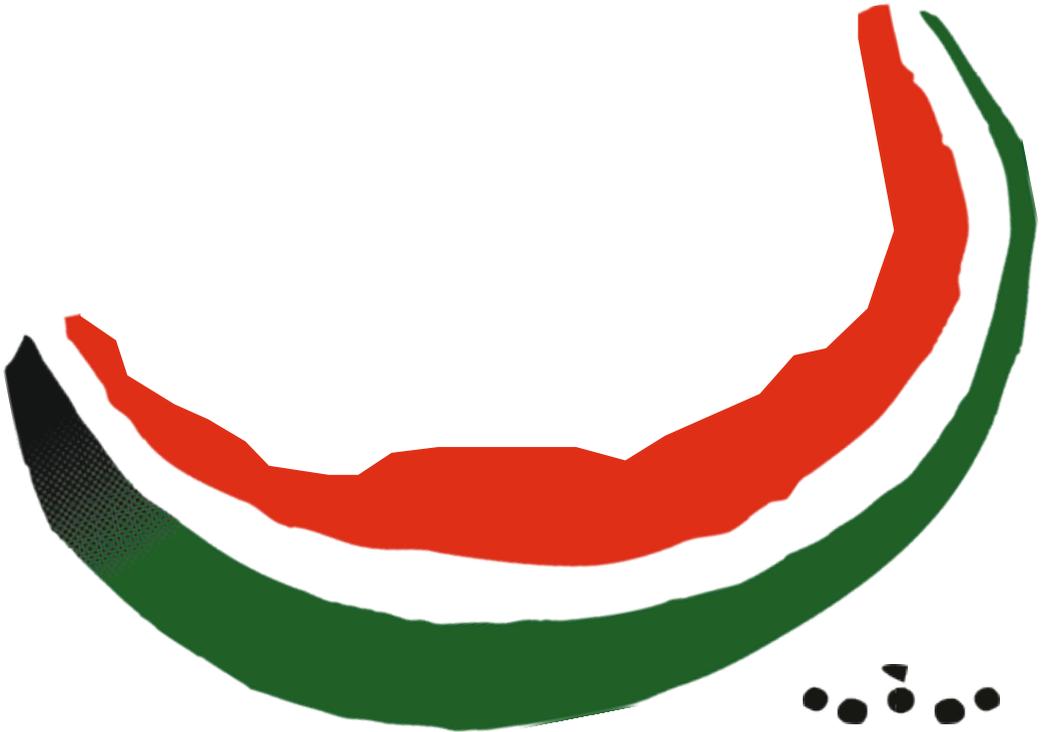
Nicht nur in Israel herrscht jene gesellschaftliche Stimmung, die die Sehnsucht nach einem neuen „Leviathan“ erstarken lässt. Für Thomas Hobbes war dies ein Staat, der sich auf der Angst des Menschen vor dem anderen und einer daraus resultierenden Furcht vor dem Tod gründete. Hobbes hielt das für einen „Naturzustand“, in dem der Leviathan als freundliches Ungetüm Sicherheit stiftet. Tatsächlich ist diese Angst aber kein Naturzustand, sondern sie wird durch gesellschaftliche Umstände gemacht. Doch die politische Grammatik ist dieselbe: In der Türkei, in El Salvador und anderswo versprechen autoritäre Führer den vom globalen Ausnahmezustand erschöpften Gesellschaften vor allem eines: Sicherheit. Nicht selten gibt es dafür Mehrheiten. Dass das für Minderheiten oftmals Repression bedeutet – darüber schreiben die Kolleg:innen aus der rundschreiben-Redaktion Anita Starosta, Ramona Lenz und Moritz Krawinkel.

Vielleicht können bei der Diagnose unseres kollektiven Neglects hierzulande diese Berichte helfen. Vielleicht sind es weniger Moral und Werte und vielmehr die vom globalen Krisengeschehen entfachte Sehnsucht nach Sicherheit, die den politischen Kompass hierzulande ausrichten. Jedenfalls befindet sich die politische Moral in Deutschland spätestens seit Corona in einem verdächtigen Einklang mit den eigenen Sicherheitsinteressen – und mit noch etwas anderem, das auch bereits Thomas Hobbes kannte. Für ihn gab es nämlich nicht eine, sondern zwei Grundcharakteristika des Menschen. Die zweite wird gerne überlesen. Neben der Angst vor dem Tod und dem daraus resultierenden Drang nach Sicherheit zeichne sich der Mensch durch seine Bequemlichkeit aus. Panic and relax. Der globale Autoritarismus hat viele Gesichter, auch gemütliche.

In diesem Sinne: Machen Sie es sich wie gewohnt nicht zu bequem und betrachten Sie weiterhin den ganzen Teller. Oder auch etwas mehr.

Ihr Mario Neumann

Doppel- stan- dards



Die deutsche Politik stellt die Menschenrechte der Palästinenser:innen hinten an

Von Riad Othman

Das vergangene Jahr war für Palästinenser:innen im Westjordanland das tödlichste seit fast 20 Jahren. Israelische Besatzungstruppen und Siedler töteten 146 Menschen. Und die Spirale dreht sich weiter: Bis Ende Mai 2023 sind bereits 112 Personen erschossen worden. „Wir als internationale Partner müssen für die Opfer einstehen. Jedes Opfer hat einen Namen. [...] Wir müssen ihre Namen aussprechen und ihre Rechte fördern. Und wir müssen die Täter beim Namen nennen“, sagte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock am 27. Februar 2023 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf. Allerdings ging es da um die Ukraine. Im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Qatar erklärte sie: „Unsere Welt basiert auf Menschenrechten und deswegen sind Menschenrechte unteilbar.“

Doch diese Welt der deutschen Außenpolitik scheint Palästina nicht einzuschließen. Der selektive Charakter der moralischen Empörung stellt die viel bemühte Wertebasis fundamental infrage. Als beispielsweise im Mai 2022 ein Scharfschütze der israelischen Armee die palästinensische Journalistin Shirin Abu Akleh erschossen hatte, und zwar mit voller Absicht, wie eine Untersuchung von Forensic Architecture nachwies, reichte es von deutscher Seite nicht einmal für die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission, obwohl der schwerwiegende Verdacht sich früh erhärtete. Menschenrechte verkommen zur

Floskel, die man dann bemüht, wenn es gerade passt – oder weglässt, wenn es den eigenen Interessen dienlich ist. Doppelstandards wendet die Bundesregierung gegenüber vielen Ländern an, man denke an den Umgang mit Ägypten oder der Türkei. Hinsichtlich Israel und Palästina sind sie jedoch besonders eklatant.

Repression gegen Zivilgesellschaft

Das langjährige israelische Vorgehen gegen palästinensische Menschenrechtsorganisationen fand im Oktober 2021 einen Höhepunkt, als der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz sechs auf einmal zu Terrororganisationen erklärte, darunter zwei Partnerorganisationen von medico. Das Hauptziel war, ihre finanzielle Unterstützung durch internationale Geber, darunter Deutschland, auszutrocknen, die zögerlich auf die Anschuldigungen reagierten und erst einmal keinen entschiedenen Widerspruch einlegten, obwohl keine überzeugenden Beweise vorgelegt wurden. In Israel wusste man die Zeichen zu deuten. Im August 2022 brach die Armee in die Büros der Organisationen ein, nahm deren Computer mit und ordnete ihre Schließung an. Die Repression im Umgang mit der Zivilgesellschaft soll nun auch nach innen ausgeweitet werden: Ein umstrittenes Gesetzesvorhaben, das israelische Organisationen durch die Besteuerung staatlicher Zuschüsse aus dem Ausland ins Visier

genommen hätte, wurde nur nach der Intervention mehrerer Regierungen vorübergehend gestoppt. Auch die Bundesregierung setzte sich bei ihren israelischen Partnern gegen das Gesetz ein.

Dieser Unterstützung von Organisationen vor Ort, die auch im Fall israelischer Verbrechen seit Jahren gegen Straflosigkeit kämpfen, steht ein zunehmend widersprüchliches Handeln der Bundesregierung auf internationaler Ebene gegenüber. Bei der Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat zur Einrichtung einer Untersuchungskommission wegen der massenhaften Erschießung von Demonstrierenden im Gazastreifen 2018 enthielt sich Deutschland noch.

Mittlerweile scheint Berlin allerdings gegen multilaterale Mechanismen zur Untersuchung und, falls erforderlich, Verfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen zu opponieren, wenn es um Israel geht. Als die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) prüfte, ob die Situation in Palästina unter die Jurisdiktion des Gerichts falle, versuchte Deutschland dies abzuwenden, indem es der Kammer als „amicus curiae“ seine Sicht der Dinge in einem eigenen Rechtsgutachten übermittelte. Als dieser Weg scheiterte und die Kammer 2021 abschließend und für alle Vertragsparteien die Zuständigkeit des IStGH verbindlich entschied, positionierte sich das Auswärtige Amt öffentlich dagegen. Ein solches Vorgehen von einem Staat, der sich jahrelang für das Römische Statut und die Schaffung des Gerichtshofs eingesetzt hatte, setzt den IStGH politisch unter Druck und beschädigt ihn. Dieser Trend setzte sich Ende 2022 fort: Die Bundesrepublik stimmte in der UN-Generalversammlung gegen die Resolution, die den Internationalen Gerichtshof mit der Ausarbeitung eines Gutachtens zur grundsätzlichen Legalität der Besatzung beauftragte.

Eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten stimmte dafür.

Sicherheit versus Menschenrechte

„Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“ Als abgewandeltes Zitat wie hier oder in der Urfassung Angela Merkels als „Teil“ deutscher Staatsräson ist dieser Satz Dutzende Male im Mund geführt worden, auch von Politiker:innen wie Olaf Scholz oder Annalena Baerbock. Was ist gemeint, wenn er immer wieder gesagt wird? Wer definiert, worin Israels Sicherheit besteht? Benjamin Netanjahu, der mehrfach gesagt hat, dass er das Jordantal – ein Drittel der Westbank – niemals räumen wird? Der ehemalige Verteidigungsminister Benny Gantz, der vielen hierzulande als gemäßigt gilt, einen palästinensischen Staat unter Verweis auf die israelische Sicherheit aber ebenfalls strikt ablehnt? Ein derart unpräziser und entgrenzter Sicherheitsbegriff erteilt dem palästinensischen Wunsch nach einem Leben ohne Gewalt, in Freiheit und Würde, faktisch eine Absage. Denn am Ende bestimmt alleine Israel, wann sein Sicherheitsbedürfnis befriedigt sein wird. Unterdessen gehen der Siedlungsbau und die staatliche Gewalt weiter. Die Erschießung palästinensischer Zivilist:innen, Journalist:innen und unbewaffneter Demonstrant:innen, Angriffe auf Gesundheitspersonal, spontane wie organisierte Siedlergewalt, nächtliche Razzien der israelischen Armee, bei denen sie grundlos in Privathäuser eindringt und Familien aus dem Schlaf reißt: Alltag in den besetzten Gebieten. Von „legitimen palästinensischen Sicherheitsinteressen“ wird selten gesprochen.

Bei den Reden anlässlich des 75. Jahrestags der Staatsgründung Israels im Bundestag spielte das alles dementsprechend keine Rolle. Auch die Tatsache, dass die Staatsgründung

Israels untrennbar mit der Vertreibung und Flucht eines Großteils der palästinensischen Bevölkerung verbunden war, blieb – außer in der Rede Jürgen Trittins – unausgesprochen. Stattdessen wurde unter Bezugnahme auf eine stark romantisierte und in Teilen verfälschte Version der Geschichte die deutsch-israelische Freundschaft beschworen. Der eigentliche Inhalt dieser besonderen Beziehungen blieb dabei seltsam konturlos. Und bei Friedrich Merz nahm er eine eigentümliche Wendung: „Auf dem Militärstützpunkt Tel Nof werden deutsche Soldaten von Angehörigen der israelischen Streitkräfte an der Heron-Drohne zu Piloten ausgebildet. Deutsche und israelische Soldaten leben und arbeiten Seite an Seite für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratien und den Einsatz für gemeinsame Werte in der Welt.“ Welche Werte das genau sein sollen, blieb unklar. Klarer ist hingegen, wo und unter welchen Umständen die israelische Armee die Erfahrungen sammelt, die sie dann an Angehörige der Bundeswehr und deutschen Polizei weitergibt: Getestet werden Taktiken der Aufstandsbekämpfung und neue Waffensysteme an der palästinensischen Bevölkerung, in Gaza beispielsweise an einer extrem jungen Bevölkerung von rund zwei Millionen Menschen – rund 40 Prozent sind jünger als 15 Jahre –, die bei Angriffen keine Schutzräume hat. Die israelische Rüstungsindustrie vermarktet ihre Waffen als kampferprobt und unter realen Bedingungen getestet, quasi mit dem Gütesiegel der Besatzung.

Anders anfangen

Die Alternative wäre ein konsequenter Einsatz für Menschenrechte und Völkerrecht ohne Ansehen jeweiliger Zugehörigkeiten von Opfern und Tätern. Innenpolitisch müsste dieser einhergehen mit der Rückbesinnung auf das Grundgesetz und darin garantierte Rechte

wie das der Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung sowie der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit. Die Bundesregierung sollte auch außenpolitisch die Janusköpfigkeit ihres Ansatzes überdenken. Sie muss sich entscheiden: Will sie – unter Verweis auf die eigene Geschichte – ein möglichst spannungsarmes Verhältnis zu Israel, das – from the river to the sea – straflos schalten und walten kann, während es sich sogar im Innern immer mehr zu einer illiberalen Ethnokratie entwickelt? Das wäre eine Klärung dahingehend, dass die Menschenrechte eben doch nicht für alle gelten oder dass, mit anderen Worten, Palästinenser:innen der deutschen Staatsräson geopfert werden müssen. Oder will sie die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ auch Palästinenser:innen zuteilwerden lassen?

An der besonderen Verantwortung Deutschlands für Jüdinnen und Juden würde sich dadurch nichts ändern. Eine gelebte Praxis dieser Verantwortung müsste dann aber anders aussehen und neu gedacht werden. Sie könnte sich nicht mehr in symbolpolitischen Gesten erschöpfen und dürfte sich die Bestätigung, genügend gegen Antisemitismus zu tun, nicht von der rechtsextremen Regierung eines Landes holen, die die Menschenrechte mit Füßen tritt.



Riad Othman arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für medico international von Berlin aus. Davor war er medico-Büroleiter für Israel und Palästina.

Hoffnung w paradox

Einblicke aus Gaza, der We
Tel Aviv, Haifa – und aus



Wenigstens etwas Normalität lässt sich am Strand von Gaza erleben.

äre

stbank,
Deutschland



Schlaglichter der Besatzung. Eine Reportage

Von Katja Maurer

Als medico vor 21 Jahren den Aufruf „Zeichen paradoxer Hoffnung“ zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Israel und Palästina veröffentlichte, war das Echo groß. Ein ganzes Rundschreiben versuchte sich damals in der vielfältigen psychoanalytischen und philosophischen Beschreibung des Konflikts. Heute wirkt das Wort Konflikt hingegen unangebracht. Denn ein Konflikt setzt halbwegs ebenbürtige Gegenüber voraus. Schon damals war Israel den Palästinenser:innen militärisch überlegen. Die Selbstmordattentate, die ja auch nur noch das letzte Mittel darstellten, waren dafür der beredte Ausdruck. Inzwischen ist aus der bereits seit dem Krieg von 1967 offenkundigen Asymmetrie zwischen Israel und den Palästinenser:innen allerdings eine totale politische, militärische und ideologisch-moralische Überlegenheit Israels geworden.

Seither sind wir Augenzeug:innen einer politischen Entwicklung in Israel, die mit illiberaler Demokratie nur ungenügend beschrieben ist. Die israelische Soziologin Eva Illouz hat in ihrem gerade erschienenen Buch „Undemokratische Emotionen: Das Beispiel Israel“ diese politische Veränderung aufrüttelnd beschrieben. Sie untersucht den Aufschwung der Rechtspopulist:innen in Israel als Fallstudie, die für diesen aktuellen politischen Trend weltweit von Relevanz ist. Der am längsten regierende Populist ist nämlich Netanjahu. Die Ingredienzien seines politischen Stils sind laut Illouz prägendes Vor-

bild weltweit: betont maskulin, den Rechtsstaat und etablierte demokratische Institutionen angreifend, auf Verschwörungstheorien über einen tiefen Staat setzend. Es gewinnen, so Illouz, politische Emotionen an Einfluss, die nicht Demokratie, sondern Autoritarismus begründen: „Angst, Abscheu, Ressentiment“. Diese negativen Gefühle seien zugleich in der „Liebe zur Nation oder zum jüdischen Volk aufgehoben“, die gegen die anderen, insbesondere die Araber:innen als Feind:innen, konstruiert werde. Die Rede ist also von einem ethno-religiösen und versicherheitlichten Nationalismus, der in Israel hegemonial geworden ist. Zum 75. Jubiläum der Gründung des Staates, der Jüdinnen und Juden aus Europa tatsächlich eine Zuflucht nach dem Holocaust bot, ist das eine Tragödie.

Geografie der Fragmentierung

Wer lange bei medico arbeitet, hat das Glück, Menschen kennenzulernen, deren politische Haltung und persönlicher Einsatz für das Menschenrecht eine tiefe Ehrfurcht hervorrufen. So einer ist Yehuda Shaul. Der Gründer von Breaking the Silence, der Organisation ehemaliger israelischer Soldat:innen, die Zeugnis über Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee ablegen, ist ein wuchtiger Mann mit langsam ergrauendem Haar und Vollbart. Sein amerikanisches Englisch dröhnt laut und manchmal pathetisch über die Hügel der israel-

lisch-palästinensischen Landschaft hinweg. Er hätte einen guten Rabbi abgegeben, wenn es so gekommen wäre, wie seine streng religiösen Eltern es für ihn vorgesehen hatten. Seit er als Soldat in Hebron diente, kennt er jedoch keine andere Aufgabe, als die israelische Besatzung zu kritisieren, zu analysieren und allen, die es hören wollen, mit ihren immer weiter eskalierenden Formen der Gewalt zu beschreiben.

Inzwischen hat Shaul sich tief in die Geschichte der Besatzung von 1967 bis heute hineinbegeben, *Breaking the Silence* macht mittlerweile ohne ihn weiter. Ausgerüstet mit Landkarten und Regierungsdokumenten, die bis in die Zeit kurz nach Ende des Krieges von 1967 reichen, treffen wir ihn auf einer Anhöhe am Rande von Jerusalem. Als Ergebnis dieses Krieges kontrollierte Israel das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem, den Gazastreifen sowie den Sinai und die Golanhöhen. Es habe, so Yehuda, keinen wirklichen Plan gegeben, nur die Befürchtung, die USA würden Israel schnell zum Rückzug zwingen. Yehuda blättert in den Plänen, die er auf einen Tisch unter einem Baum legt, und zeigt, wie bereits 1967 Siedlungspolitik das wesentliche Element war, um die von Palästinenser:innen bewohnten Teile Ostjerusalems immer weiter einzukreisen und die Stadt vom Rest der Westbank abzuspalten. In der Siedlungspolitik sieht Yehuda eine Kontinuität von 1967 bis heute. Immer wieder zeigt er uns auf den Karten und später auch im Augenschein die Allon-Straßen. Der damalige Verteidigungsminister der Arbeitspartei, Jigal Allon – im Wikipedia-Eintrag gilt er als linker Zionist –, hatte bereits die Pläne für die Straßenführungen in den besetzten Gebieten ausgearbeitet. Sie waren strategisch so angelegt, dass sie das Westjordanland zerteilen und von Jordanien abschneiden. Die umgehend in Angriff genommenen Siedlungen waren strategisch geplant, um die Kontrolle der Gebiete dauerhaft zu sichern.

Mittlerweile dominieren radikal-religiöse Siedler:innen das Geschehen. Wir stehen auf einer Anhöhe in der Westbank. Hier liegt die Siedlung Ofra. Kaum sind wir ausgestiegen, erscheint ein blaues, ziemlich heruntergekommenes Auto. Ein wenig vertrauenswürdiger Siedler mit Kippa, Gebetsriemen, Dreitagebart und abgewetzten Hosen sowie einer Waffe an der Schuler fragt herausfordernd, was wir hier wollten. Yehuda kennt das schon und wehrt ihn ab. Trotzdem bleibt der Mann stehen und telefoniert. Offenbar gehört er zu einer privaten Siedler-Miliz. Der rechtsradikale Minister Itamar Ben Gvir macht sich jetzt daran, eine ähnliche Miliz mit besonderen Befugnissen gegen die palästinensischen Staatsbürger:innen Israels im Kernland aufzubauen. Die Drohgebärde des bewaffneten Siedlers ist beeindruckend. Er tritt auf wie der unwidersprochene Herr und Gebieter des Territoriums.

Radikale Siedler:innen wie er verfolgen beständig nur das eine Ziel, den Palästinenser:innen so viel Territorium wie möglich abzunehmen und die darauf lebende Bevölkerung zu verdrängen. Ihre Minister setzen offen auf einen Krieg, den sie als Anlass nutzen könnten, die Palästinenser:innen vollständig aus der Westbank zu vertreiben. Während wir weiter durch das hügelige Gebiet fahren und in der Ferne Jordanien mit seinen kargen Felsen blau dämmert, beobachten wir drei ultraorthodoxe Jugendliche, die mit Steinschleudern auf einen palästinensischen Bauern zielen. Später werden uns palästinensische Kollegen erzählen, dass sie nicht mehr allein auf ihre Felder gehen können, weil sie regelmäßig tätlich angegriffen werden. Yehuda zitiert den rechtsradikalen Minister Smotrich, der die palästinensische Hoffnung auf eine einvernehmliche Friedenslösung ausmerzen möchte. Shaul gibt uns zum Schluss noch nachdrücklich eine Botschaft mit, die sich vor allen Dingen gegen ein Missverständnis europäischer Regierungen richtet: Man könne zwischen Siedlerbewegung und israeli-

scher Regierungspolitik nicht unterscheiden, ja man müsse leider im Gegenteil davon sprechen, dass die Ausweitung der Siedlungen ein „kriminelles Unternehmen ist, das der israelische Staat betreibt“.

Israelische Moderne

Mo'ayyad Bisharat ist studierter Veterinär. Als Programmdirektor der palästinensischen Bauernorganisation Union of Agricultural Work Committees (UAWC) ist der gertenschlanke Mittvierziger allerdings nicht mit Schafen oder Ziegen beschäftigt, sondern mit der Frage, wie palästinensische Bäuerinnen und Bauern dem ständigen Verdrängungsdruck durch die jüdischen Siedler:innen standhalten können. Mit Mo'ayyad fahren wir in das Dorf Bardala. Es

liegt im Jordantal, der Grenzregion zu Jordanien, nicht weit entfernt von der Allon-Straße, die uns Yehuda gezeigt hat. Sie ist hier eine Art zivile Grenzbefestigung gegen den jordanischen Nachbarstaat und damit eigentlich die Grenze eines Großisraels bis an den Jordanfluss. In Oslo wurde diese Region als C-Gebiet deklariert, also als ein Territorium, das innerhalb von fünf Jahren aus der israelischen in die palästinensische Kontrolle übergehen sollte. Bis heute stehen die C-Gebiete jedoch unter vollständiger israelischer Kontrolle.

Unter sengender Sonne fahren wir nach Bardala hinein. Schon von den Anhöhen der letzten Hügel aus können wir die Siedlungen im Tal erkennen, die gleich nach 1967 hier angelegt wurden. Die perfekte israelische Moderne: Riesige Felder, Gewächshäuser und Dattelpflanzungen, so



Palästinensische Bäuerinnen und Bauern unter bewaffneter israelischer Aufsicht.

weit das Auge reicht. Diese Siedlungen setzten jedoch nicht darauf, die Zahl der jüdischen Bewohner:innen in der Westbank zu steigern, sondern auf landwirtschaftliche Industrialisierung. Die lokale palästinensische Bevölkerung war und ist als billige Arbeitskraft eingeplant.

Im Dorf Bardala, umzingelt vom israelischen agro-industriellen Komplex, betreiben wenige Hundert palästinensische Bäuerinnen und Bauern den Anbau von Gemüse und Oliven. Wir treffen den Bürgermeister, der neben einer Feuerwache residiert. Er erklärt uns gleich, dass das Feuerwehrauto angeschafft werden musste, weil radikale Siedler immer wieder palästinensische Felder oder landwirtschaftlich genutzte Gebäude in Brand setzten. In Bardala haben die Landwirte keinen Zugang zu Wasser. Als die großen Agroindustrien entstanden, übernahm Israel die Kontrolle. Am Anfang teilte man den palästinensischen Bäuerinnen und Bauern noch Wasser zu. Dann erfand man immer neue Begründungen, die Zuteilungen zu kürzen, bis sie schließlich ganz eingestellt wurden.

Wir fahren mit dem Bürgermeister zu einem Wasserreservoir, das die Bauernorganisation UAWC angelegt hat. Mitten in Dattelplantagen wird es aus den Bergen mit Wasser versorgt, das unter palästinensischer Kontrolle steht. Siedlerdruck und künstliche Wasserverknappung sind nicht das einzige Problem der Bäuerinnen und Bauern. Wer keine Landtitel aus der Zeit des osmanischen Reichs oder der jordanischen Verwaltung nachweisen kann, muss den Verlust des Landes fürchten. „Aber wir leben hier seit Generationen und fühlen uns hier zu Hause. Wir schlafen nicht wie viele Siedler mit einer Waffe unterm Kopfkissen.“ Der Satz des Bürgermeisters von Bardala klingt noch lange bei uns nach. Er beschreibt das fundamentale Problem der israelischen Sicherheitsparanoia. Dieses selbstverständliche Dahin-Gehören eines palästinensischen Landwirts kann durch

keine pathetische oder religiöse Begründung erschüttert werden.

Keine Demokratie mit Besatzung

Seit Monaten demonstrieren Israelis zu Hunderttausenden jeden Samstag in Tel Aviv und anderen Städten. Die Demonstrationen richten sich gegen die seit Ende Dezember herrschende ultrarechte Regierung unter Benjamin Netanyahu. Besondere Empörung ruft der Plan der Regierung hervor, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes mit einer einfachen Parlamentsmehrheit zu widerrufen und damit die Gewaltenteilung außer Kraft zu setzen. Im Grunde aber ist es ein Aufstand der säkularen Mittelschicht gegen nationalreligiöse und ultraorthodoxe Regierungsmitglieder, die sich nicht nur kräftig für die eigene Klientel am Haushalt bedienen, sondern neben der Entdemokratisierung Israels auch seine Entsäkularisierung betreiben. Welches Israel es zukünftig geben wird: Das ist die große Frage. Und die vor allem aus Europa stammende liberale Mittelschicht fürchtet um nichts weniger als ihre Lebensweise. Manche transferieren bereits Vermögen ins Ausland. Die vielen Fahnen, die eine als Deutsche seltsam berühren, stehen also wirklich dafür, dass es für viele ums Ganze, um ihr Verhältnis zum Staat geht.

Auf einer Samstagsdemo im Mai in Tel Aviv treffen wir sofort einen alten Bekannten, den Menschenrechtsanwalt Michael Sfard (siehe Seite 54). Er schwirrt im Anti-Besatzungs-Block herum. Nicht viele haben sich hier versammelt. Ihre Losung lautet: Es gibt keine Demokratie mit Besatzung. Demonstrant:innen ziehen mit ihren Israel-Fahnen vorbei. Manche bleiben stehen und hören sich kurz die Reden an, gehen dann weiter. Auf die Frage, was sie von der Losung halten, sagen zwei junge Männer, die aus der Schlafstadt Ramat Gan ange-



Getrennt vom Land: 80 Prozent der israelischen Sperranlage verlaufen nicht auf der international anerkannten Grünen Linie.

reist sind, dass es bei den Protesten nicht um die Besatzung gehe. Der Block dürfe dabei sein, sei aber vollkommen bedeutungslos. Jemand reicht ein Flugblatt, auf dem nur ein Satz steht: Demokratie ist mehr als Politik. Ja, genau so sei es, sagen die beiden jungen Männer, für die Politik nur ein schmutziges Geschäft ist. Einige Sätze später sagt einer der jungen Männer, was das für ihn heißt: „Ich stehe nicht hinter der Regierung. Ich stehe hinter unserer Armee.“

Ein paar Tage zuvor in Haifa hatten wir ein Gespräch mit Ari Remez, Pressesprecher von Adalah, einer Organisation, die Palästinenser:innen in Israel seit 20 Jahren Rechtsbeistand leistet. Remez ist besorgt. Das alles könne in einer großen Katastrophe enden. Die Ultrarechten seien

auf diese Regierung sehr gut vorbereitet. Ein rechtsradikaler Thinktank aus 150 Anwält:innen habe Gesetzesvorhaben in der Pipeline, die eine „Einkaufsliste des Horrors“ seien: Sie planten eine „durch und durch rassistische Gesetzgebung“. Die jüdische Überlegenheit [supremacy] solle gesetzlich durchgesetzt werden, verbunden mit vollständiger ökonomischer Deregulierung. Diese Regierung bewege sich schnurstracks auf einen „Point of no Return“ zu. Das Gegenprogramm von Remez hat bislang keine Mehrheit: „Bill of Rights“ lautet sein Vorschlag, das allen unabhängig von der Herkunft ein Recht auf Rechte garantiert. Es fehle jedoch an Solidarität: „Die Demonstranten kämpfen nur für sich selbst.“

P.S.: Bevor ich bei medico anfang, war ich bereits mehrmals in Israel. Da ich aus einer Familie stamme, die während der NS-Zeit rassistisch und politisch verfolgt wurde, war Israel eine Entdeckung für mich. Als ich mitten in der hoffnungsvollen Atmosphäre des Oslo-Friedensprozesses zum ersten Mal dorthin reiste, war es überwältigend für mich, sich in einer Gesellschaft zu bewegen, in der es keine Nazis gab. Ganz anders als in meiner Kindheit in Deutschland, in der es von ihnen nur so wimmelte. Israel hatte für mich etwas Befreiendes. Es war nach der Shoah für Hunderttausende, für die es keinen Ort gab, ein nationales Befreiungsprojekt, das sich nicht auf seine kolonialen Vorzeichen reduzieren lässt. Es hat wie andere Befreiungsprojekte seine ursprünglichen Ziele verfehlt. Das macht diese aber nicht obsolet.



Katja Maurer berichtete im letzten Rundschreiben noch über ihre Dienstreise in die Ukraine. Über Palästina und Israel schreibt sie seit Jahrzehnten, genauso wie über die deutschen Debatten hierzu.

Neunzehneinhalb

In Palästina hat die Selbstverwaltung abgewirtschaftet. Ein politischer Neuanfang ist überfällig

Von Chris Whitman

Wer im palästinensischen Kontext arbeitet, wird nicht selten zu einem Lexikon der Zahlen. Eine, die in meinen Augen bei keiner Beschreibung der Situation fehlen darf, ist 19,5. Das ist das Durchschnittsalter der Palästinenser:innen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Deutsche sind im Schnitt 25 Jahre älter, nämlich 44,5 Jahre. Das bedeutet auch, dass weit mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung nach dem Jahr 2000 geboren wurde und daher keine persönlichen Erinnerungen an die zweite Intifada hat. Die palästinensische Bevölkerung ist die zweitjüngste der Welt. Sichtbar wird das, wenn in einer Stadt wie Ramallah Kinder in Schuluniformen zu manchen Tageszeiten das Straßenbild beherrschen oder sich nach den Tawjihi-Abschlussprüfungen, dem palästinensischen Abitur, die Städte und Dörfer mit Zehntausenden Jugendlichen füllen.

Neoliberale Individualisierung

Was bedeuten diese Entwicklungen für die palästinensische Frage zu Rückgabe von Land, zur Frage der Rückkehr? Für die Debatten über Widerstand, Gerechtigkeit und die Bildung eines eigenständigen Staates – zumal in Zeiten, in denen der Druck durch die israelische Besatzung und Siedlungspolitik wächst? In der Vergangenheit haben neben Parteien und Bewegungen vor allem die palästinensischen Institutionen eine wesentliche Rolle dabei gespielt,

diese Agenda präsent und lebendig zu halten. Doch seit die zweite Intifada vor knapp 20 Jahren in dieser Hinsicht gescheitert ist, hat die palästinensische Jugend den meisten etablierten Strukturen den Rücken gekehrt.

Das hat viele Gründe. Einerseits sind die verheerenden Folgen der Besatzung und die militärische Gewalt gegen die Palästinenser:innen eine alltägliche Realität für jede:n Einzelne:n und jede Familie. Die Kooperation der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) mit den israelischen Behörden empfinden viele unter diesen Umständen als Verrat. Andererseits hat die katastrophale neoliberale Politik der PA die palästinensische Gesellschaft geschwächt. Sie hat eine entpolitisierte und wirtschaftlich abhängige Mittel- und Oberschicht geschaffen, die in den Status quo investiert. Gleichzeitig hat die Deregulierung des Bankenwesens eine Schuldenwirtschaft etabliert: In einer Gesellschaft, die Schulden und Kredite kaum kannte, wurde es auf einmal leicht und normal, Geld zu leihen. Das hat zu einer Ausweitung des materiellen Konsums, aber auch zu einer breiten Verschuldung geführt. Vor allem aber hat es in einer bis dato von einer Gemeinschaftsorientierung und kollektivem Widerstandsgeist geprägten Gesellschaft eine Individualisierung gefördert, die vielen jungen Menschen heute sauer aufstößt.

Eine ähnliche Entfremdung gibt es gegenüber den traditionellen Freiwilligengruppen und

Volkskomitees. Letztere sind lokale Gemeindeorganisationen, die sowohl Bildungs- als auch politische Arbeit für Jugendliche leisten. Lange bildeten sie das Rückgrat eines politisch aktiven Gemeindelebens. In den vergangenen Jahrzehnten aber sind diese Strukturen mehr und mehr ausgetrocknet. Auch hier schlägt der Neoliberalismus der PA zu Buche. Hinzu kommt, dass auch die palästinensische und internationale NGO-Arbeit in Palästina in den letzten 15 Jahren sukzessive geschrumpft ist. Das liegt an der Erschöpfung und veränderten Prioritäten der Geber. In Teilen ist es auch das Ergebnis langjähriger israelischer Anstrengungen, bestimmte NGOs zu kriminalisieren.

Die Folge dieser Dynamiken: Eine ganze Generation palästinensischer Jugendlicher ist politisch und sozial demobilisiert. Räume der Freiheit, aber auch die Hoffnung auf Befreiung

werden immer kleiner. Im Zuge dieses Wandels haben sich die Vorstellungen verändert, was der israelischen Politik von Landraub und Kolonisierung entgegenzusetzen ist, und auch, wer ihr überhaupt etwas entgegensetzt. Die Autonomiebehörde hat jedenfalls bei vielen jegliche Legitimität verspielt, palästinensische Institutionen werden nicht mehr als Orte des Widerstands und der Hoffnung angesehen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Gründung neuer bewaffneter Gruppen und der breiten Sympathie, die diese genießen. Besonders in der jungen Generation sind sie enorm populär und nicht wenige junge Männer schließen sich Gruppen wie „Höhle des Löwen“, „Jenin-Bataillone“ oder „Tulkarem-Brigaden“ an. Trotz mangelhafter Ausbildung und schlechter militärischer Ausrüstung und der Tatsache, dass sie meistens unter der Schirmherrschaft der Hamas oder des Palästinensischen Islamischen Dihad



Jeden Tag zu Unterrichtsbeginn und -ende ist Ramallah die Stadt der Schuluniformen.

stehen, fühlen sich die Jugendlichen von ihnen angezogen – nicht zuletzt wegen der täglichen Überfälle, bei denen nicht selten Freund:innen, Familienangehörige und Nachbarn getötet werden. In jedem Fall symbolisieren diese Gruppen eine entschiedene Abgrenzung und Abwendung von den Institutionen der eigenen Selbstverwaltung. So befürworteten fast sieben von zehn Palästinenser:innen die Gründung weiterer militanter Gruppen, über die die PA keinerlei Kontrolle haben soll. Trotz der eklatanten Unterlegenheit gegenüber Israel und des absehbaren militärischen Scheiterns sollten diese Gruppen daher nicht als flüchtige Erscheinungen abgetan werden.

Die Zersplitterung überwinden

Bei allem Stillstand darf aber nicht übersehen werden, dass sich auch neue Räume geöffnet haben. Die sozialen Medien werden häufig und vorwiegend in ihrer neuen Bedeutung für die Widerstandsgruppen diskutiert. Dabei gehen sie weit darüber hinaus. Die neuen Möglichkeiten des Austauschs und der Kommunikation tragen dazu bei, die Isolation der Palästinenser:innen, auch derjenigen mit israelischem Pass, in den fragmentierten Wirklichkeiten im Westjordanland, in Jerusalem oder im Gazastreifen zu überwinden. Am deutlichsten wurde dies im Mai 2021. Als Reaktion auf die israelischen Militärangriffe gegen den Gazastreifen und die Versuche, palästinensische Familien in Sheikh Jarrah, einem Viertel im besetzten Ostjerusalem, gewaltsam zu vertreiben, wurde in den sozialen Medien zu einem Generalstreik aufgerufen. Dieser wurde in den verschiedenen Gebieten auch umgesetzt.

Insbesondere die palästinensische Linke vertritt seit langem die Auffassung, dass eine Lösung, die nicht alle Palästinenser:innen, einschließlich derer in der Diaspora, einbezieht,

zum Scheitern verurteilt ist. Lange besaßen die PLO und die Palästinensische Autonomiebehörde ein Monopol auf die politischen Strategien. Im Zuge ihres Versagens sind die bewaffneten Gruppen mit je eigenen Interessen in den Vordergrund gerückt. Umso mehr ist es an Aktivist:innen und intellektuellen Kreisen, einer frustrierten und erschöpften Bevölkerung Alternativen aufzuzeigen. Doch wo kann eine solche Alternative ansetzen?

Das Leben in den palästinensischen Gemeinden hat sich in den letzten Jahren merklich verändert, was auch mit dem Selbstbewusstsein einer neuen, jungen Generation zu tun hat. In mancherlei Hinsicht ist es palästinensischer geworden. Neu ist beispielsweise das gastronomische Angebot: Noch vor zehn Jahren war es schwierig, in Ramallah, Bethlehem oder Jerusalem ein palästinensisches Restaurant zu finden, das nicht auf Touristen ausgerichtet war. In verschiedenen Städten finden immer häufiger Wochenmärkte statt, auf denen vorwiegend palästinensische Erzeugnisse angeboten werden – im Zeitalter der Verschuldung für den Traum eines bürgerlichen, neoliberalen Lebens sind solche Initiativen einer eigenen Ökonomie (und regelmäßig angebotene Kurse zur Herstellung von Waren) ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zur Schaffung einer Alternative. Die Spurensuche nach einer neuen palästinensischen Bewegung führt jedenfalls an der Alltagskultur einer jungen palästinensischen Generation nicht vorbei, die trotz aller Verheerungen auch Ausdruck einer unermüdlchen Lebens- und Freiheitslust ist.



Chris Whitman leitet das medico-Büro Palästina/Israel.

Bürokratische Gewalt

Die Gesundheitsversorgung in Gaza ist abhängig von israelischen Genehmigungen. Das hat oftmals verheerende Konsequenzen

Der Gazastreifen, der seit 2007 unter der Abriegelung und Blockade Israels leidet, ist meist dann in aller Munde, wenn eine Militäroffensive im Gange ist. Für die mehr als zwei Millionen Palästinenser:innen, die im Gazastreifen leben, sind Kontrolle und Angriffe durch israelische Institutionen jedoch alltägliche Ereignisse, die jeden einzelnen Aspekt ihres Alltags betreffen. Ob sie eine Ärztin brauchen oder eine Hochzeit besuchen wollen – alles ist ein Kampf. Ein wesentlicher Grund dafür ist das israelische Genehmigungssystem, ein Instrument bürokratischer Gewalt.

Das Anfang der 1990er-Jahre eingeführte System ist ein komplexer bürokratisch-militärischer Mechanismus. Über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit kontrollieren die israelischen Behörden effektiv fast alle Aspekte ihres täglichen Lebens – einschließlich Arbeit, Bildung, Heirat, Familienbesuche und den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Palästinenser:innen, die innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete (OPT), ins Ausland oder nach Israel reisen wollen, müssen eine von den israelischen Behörden ausgestellte Genehmigung beantragen. So einfach das Verfahren auf den ersten Blick erscheinen mag: Es handelt sich um eine aufgeblähte und ausufernde Bürokratie mit komplizierten Kategorien, die beinahe alle Versuche der Palästinenser:innen, ein halbwegs normales Leben zu führen, unterbin-

det. Sie dient darüber hinaus der Fragmentierung der besetzten palästinensischen Gebiete in mehrere isolierte Enklaven – Westjordanland, Ostjerusalem und Gazastreifen.

Im besetzten Gazastreifen hat das Genehmigungssystem noch schwerwiegendere Auswirkungen auf die mehr als zwei Millionen dort lebenden Palästinenser:innen. Zusammen mit der 2007 von Israel verhängten Abriegelung und Isolierung vom Rest der Welt hat das Genehmigungssystem den Gazastreifen in ein „Bantustan“ verwandelt. So können beispielsweise Studierende aus dem Gazastreifen keine Universitäten im Westjordanland besuchen, und die Ausreisegenehmigung für ein Studium im Ausland wird häufig verweigert oder verzögert. Ehepartner:innen und Familienmitglieder werden an der Familienzusammenführung innerhalb der OPT gehindert. Selbst Patient:innen, die zum Teil unter heftigen Beschwerden leiden und in einem kritischen Zustand sind, sind diesem diskriminierenden System ausgeliefert. Sie zahlen dafür nicht selten mit ihrem Leben.

Belagerte Gesundheitsversorgung

Israels mittlerweile 16 Jahre andauernde Abriegelung und Blockade des Gazastreifens und die damit verbundenen Einschränkungen ha-

ben zu einer Verschlechterung und einem Rückbau des Gesundheitssystems im Gazastreifen geführt. Der Zugang zu lebensrettenden Behandlungen ist daher immer schwieriger geworden. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verweigerten im Jahr 2021 die israelischen Behörden 69 Prozent der Anträge auf die Einfuhr von Röntgen-, CT- oder Sauerstoffgeräten und Ersatzteilen nach Gaza. Das Gesundheitssystem des Gazastreifens ist daher nicht in der Lage, die Menschen in der Küstenenklave medizinisch zu versorgen.

Patient:innen sind daher gezwungen, sich außerhalb des Gazastreifens behandeln zu lassen, in der Regel in palästinensischen Krankenhäusern im Westjordanland und in Jerusalem, seltener in Israel oder im Ausland. Dafür müssen sie bei den israelischen Behörden eine einmalige Ausreisegenehmigung beantragen, was mehrere Wochen oder Monate dauern kann und damit nicht selten das Leben der Patient:innen gefährdet oder ihre Heilungschancen verringert.

Doch selbst das Durchlaufen dieses bürokratischen Labyrinths ist keine Garantie dafür, dass die Patient:innen zum vorgesehenen Zeitpunkt den benötigten Zugang erhalten. Vielmehr ist das Verfahren durch häufige, willkürliche Ablehnungen und übermäßige Verzögerungen gekennzeichnet. Seit 2017 hat Israel die Frist für die Einreichung nicht dringender Anträge von Patient:innen von 10 auf 23 Arbeitstage vor dem Krankenhaustermin mehr als verdoppelt. Trotz der Schwere ihrer Erkrankungen wurden von 2019 bis 2021 nur 65 Prozent der Anträge so rechtzeitig genehmigt, dass die Patient:innen ihren Termin im Krankenhaus wahrnehmen konnten.

Im Jahr 2022 starben neun palästinensische Patient:innen – darunter drei Kinder –, weil Israel ihnen die Ausreisegenehmigung für die

lebenswichtige medizinische Versorgung außerhalb des Gazastreifens verweigerte oder die Ausstellung verzögerte. Insbesondere für Krebspatient:innen, deren Zahl in den letzten Jahren zugenommen hat, kann die Verzögerung beim Zugang zu einer Behandlung eine Frage von Leben und Tod sein. Das Genehmigungsregime hat es so geschafft, grundlegende Rechte wie das Recht auf Gesundheit und Leben in Privilegien zu verwandeln.

An der Seite der Patient:innen

Die medico-Partnerorganisation Al Mezan bietet Patient:innen Rechtsbeistand und -vertretung und betreibt intensive internationale Lobbyarbeit, um das Recht der Palästinenser:innen auf Gesundheit zu fördern und die Segregationspolitik Israels aufzuzeigen. Al Mezan nimmt täglich Beschwerden von Patient:innen entgegen und hilft bei der ordnungsgemäßen Erstellung medizinischer Akten. Auf dieser Grundlage interveniert die Organisation bei den zuständigen israelischen Behörden, damit die Menschen in palästinensische oder israelische Krankenhäuser reisen und ihre medizinischen Termine wahrnehmen können. Im vergangenen Jahr erhielt Al Mezan 808 Anträge von Patient:innen, darunter 301 Kinder, auf Unterstützung bei der Erlangung einer Ausreisegenehmigung für eine medizinische Behandlung. Nach Intervention von Al Mezan erhielten 326 Patient:innen eine Genehmigung. Der, wenn auch begrenzte, Erfolg von Al Mezan widerlegt die Behauptung, dass die Genehmigungen aus Sicherheitsgründen verwehrt werden. Sie erweisen sich vielmehr als Schikane.

Die Autorin arbeitet für die medico-Partnerorganisation Al Mezan und wird aus Sicherheitsgründen nicht genannt. Sie lebt in Gaza.

Für das Recht auf Rechte

Ein Überblick über unsere Kooperationen in Israel/
Palästina

Grundrechte geltend machen

Den Eroberungen im Jahr 1967 folgten massive Eingriffe in palästinensische Grundrechte. Bis heute untersteht die Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten faktisch einem israelischen Militärregime. Israelische und palästinensische Partnerorganisationen setzen sich für gleiche Rechte für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan ein. Sie arbeiten für das Menschenrecht auf Gesundheit und einen würdigen Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie leisten psychosoziale Hilfe für Kinder, Jugendliche und Frauen oder streiten für die Rechte von Gefangenen und Geflüchteten.

Narrative und Gegenöffent- lichkeit

Um die Realität und auch die Alltäglichkeit der Unterdrückung verstehen zu können, muss sie sichtbar und zugänglich gemacht werden. Unsere Partnerorganisationen bemühen sich darum, indem sie die fortschreitende Landnahme dokumentieren oder recherchieren, welche Firmen von der Besatzungsökonomie profitieren. Denn wie so oft sind die politischen Auseinandersetzungen auch ein Kampf um Deutungshoheit und Geschichtsschreibung.

Gegen die Fragmentierung

Immer wieder greifen Armee und Siedler palästinensische Dörfer an. Ganze Gemeinden werden für den Siedlungsbau und im Namen der Sicherheit isoliert. Dem wirken Kooperationen entgegen, die palästinensischen Landwirten dabei helfen, eigenen Grund und Boden weiter zu bestellen. Unsere Partnerorganisationen bieten zudem Rechtsberatungen an. So schaffen sie auch Verbindungen zwischen betroffenen Gemeinden.

Wider die Straflosigkeit

medico arbeitet mit israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen zusammen, die Rechtsbrüche und Kriegsverbrechen dokumentieren. Sie wollen die Verantwortlichen vor nationalen wie internationalen Gerichten haftbar machen. Dies richtet sich gegen Bürgerrechtsverletzungen im gesamten Gebiet - durch alle Akteure, einschließlich der palästinensischen.

Mehr Informationen unter: www.medico.de/israel-palaestina

TEL AVIV – PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS-ISRAEL (PHR-IL)
Gesundheits- und Menschenrechtsarbeit in den besetzten Gebieten, offene Klinik Jaffa/Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen in Israel

TEL AVIV – BREAKING THE SILENCE
Aufklärungsarbeit zu den Aktivitäten der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten

TEL AVIV – PUBLIC COMMITTEE AGAINST TORTURE IN ISRAEL
Ringen für die Abschaffung von Folter gegen Gefangene

GAZA-STADT – PALESTINIAN MEDICAL RELIEF SOCIETY (PMRS)
Gesundheitsprogramm für nicht übertragbare Krankheiten

GAZA – AL MEZAN CENTER FOR HUMAN RIGHTS
Menschenrechtsarbeit im Gazastreifen

GAZA – SHABABEEK
Förderung junger Künstlerinnen und Künstler im Gazastreifen

GAZA – UNION OF AGRICULTURAL WORK COMMITTEES (UAWC)
Ernährungssouveränität für Fischer- und Hirtenfamilien

KHAN YOUNIS (GAZASTREIFEN) – CULTURE AND FREE THOUGHT ASSOCIATION (CFTA)
Früherkennung von Brustkrebs und medizinisch-psychologische Behandlung und Begleitung von Brustkrebspatientinnen

HAIFA – ADALAH
Menschenrechtsarbeit für die arabische Minderheit in Israel

HAIFA – WHO PROFITS
Rechercharbeit zu Besatzungsprofiteuren

HAIFA – BALADNA
Jugendaustausch gegen Fragmentierung der palästinensischen Identität und Gesellschaft

HAIFA – AKEVOT INSTITUTE FOR ISRAELI-PALESTINIAN CONFLICT RESEARCH
Förderung von Menschenrechten durch sachlichen Umgang mit Geschichte

RAMALLAH – UAWC
Verteidigung palästinensischer Landrechte in der Westbank

RAMALLAH – AL-HAQ
Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Rechtsbrüchen

RAMALLAH – AL-MARSAD
Dokumentation von Kinderarbeit und Einsatz für Kinderrechte

OSTJERUSALEM UND RAMALLAH – MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL

JERUSALEM – KEREM NAVOT
Dokumentation von Landnahme durch Siedlungen im Westjordanland

JERUSALEM – HAMOKED
Einsatz für das palästinensische Recht auf Familienzusammenführung

JERUSALEM – HUMAN RIGHTS DEFENDERS FUND
Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen, Dokumentation von Rechtsbrüchen

Vor 17 Jahren eröffnete das medico-Auslandsbüro in Israel/Palästina. Heute arbeitet dort ein internationales fünfköpfiges Team direkt an der Seite der Partner:innen, mitten im Handgemenge.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Staatsräson sticht Grundrechte

Deutschland feiert die Gründung des Staates Israel und verbietet gleichzeitig eine Versammlung zum Jahrestag der Nakba

Von Ralf Michaels

Am 12. Mai 2023 wurde im Bundestag der 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel begangen – Ausdruck der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel, die aus der Verantwortung für den Holocaust herührt und zur Staatsräson geworden ist. Unter den Blicken des israelischen Botschafters als Gast mahnten zwar einige Redner:innen mehr Schritte Israels zur Lösung des Konflikts mit den Palästinenser:innen an oder äußerten Besorgnis über die politische Orientierung der neuen Regierung. Insgesamt aber überwog, verständlicherweise, die Freude über die Tatsache, dass Jüdinnen und Juden nach Jahrhunderten antisemitischer Verfolgung in Europa und nach dem deutschen Genozid einen eigenen Staat erlangt hatten. Und selbst die moderate Kritik ging einigen zu weit. Ein Redner bemängelte konkret, dass in Deutschland dem Bekenntnis zu Israel immer öfter ein „aber“ folge; er stelle immer häufiger einen „Mangel an Empathie und Einfühlungsvermögen gegenüber Israel“ fest.

Ganz unrecht hat er nicht: Der Eifer, den einige Deutsche bei der Kritik Israels an den Tag legen, ist beklemmend. Freilich, mehr Empathie und Einfühlungsvermögen würden sich auch

Palästinenser:innen wünschen. Für viele von ihnen ist der Jahrestag der Gründung Israels kein Feiertag, sondern der Tag, an dem sie ihrer Vertreibung gedenken, die mit der Gründung Israels zusammenfiel. Dass es zur Nakba keine Staatsfeier gibt, werden sie nicht kritisieren wollen. Dass indes die Berliner Polizei ihnen sogar untersagte, sich zu diesem Anlass zu versammeln, und eine zum Nakba-Tag angemeldete Demonstration kurzfristig verbot, dürfte ihnen sauer aufgestoßen sein. Staatsfeier auf der einen Seite, Versammlungsverbot auf der anderen, das ist doch ein erheblicher Unterschied.

Dieses Verbot der Demonstration zum Nakba-Tag entspricht einer härteren Gangart der Polizei in Berlin gegenüber propalästinensischen Demonstrationen. Schon im letzten Jahr wurde eine Demonstration zum Nakba-Tag wie auch zum Gedenken an die kurz vorher durch israelische Schüsse getötete Journalistin Shireen Abu Akleh untersagt. Seither ereilte ein ähnliches Schicksal weitere Demonstrationen. Im letzten Jahr wurde das Verbot sogar auf eine von einer jüdischen Organisation angemeldete Solidaritätsdemonstration ausgeweitet.



Demonstration zur Erinnerung an die Nakba im Mai 2021 in Berlin.

Unter Gewaltverdacht

Dass solche Versammlungsverbote gegen propalästinensische Demonstrationen bisher von den Gerichten in Berlin aufrechterhalten worden sind, ist auf den ersten Blick nicht ganz unplausibel. Denn bei ähnlichen Veranstaltungen kam es in der Vergangenheit gelegentlich zu Rufen, die als Volksverhetzung nach § 130 StGB betrachtet werden können. Auch gab es vereinzelte Gewalt gegen Polizist:innen oder Journalist:innen. Die Versammlungsfreiheit schützt nur das Recht, sich friedlich zu versammeln.

Indessen ist der Verdacht, dass Grundrechte in bedenklicher Weise eingeschränkt werden, nicht einfach von der Hand zu weisen. Die [sehr ausführlichen] polizeilichen Begründungen stützen ihre Gewaltprognosen oft auf Ereignisse bei vergangenen Demonstrationen anderer Organisatoren und in anderen Städten – als wären alle, die sich für Palästinenser:innen einsetzen, über einen Kamm zu scheren. Ein

besonderes Risiko wird darin gesehen, dass die Demonstrant:innen durch Ereignisse in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten besonders emotionalisiert und daher gewaltbereit seien – als wäre eine solche Emotionalisierung nicht gerade ein typischer Grund zu demonstrieren. Und wenn die Polizei Palästinenser:innen und andere Menschen aus dem arabischen Raum als „diese Klientel“ bezeichnet, bei der „eine deutlich aggressive Grundhaltung“ vorherrsche, liegt der Rassismusverdacht nicht fern.

Zudem: Selbst wenn aus einer Demonstration heraus einzelne Straftaten begangen werden, ist das aus rechtlicher Sicht noch kein Grund, die ganze Demonstration zu verbieten oder aufzulösen. Denn dadurch würde die Versammlungsfreiheit derjenigen eingeschränkt, die sich friedlich verhalten. Wenn also ein einzelner Demonstrant „Juden den Tod“ wünscht, ist das strafbar und ein Grund, gegen ihn vorzugehen. Es ist aber kein Grund, die ganze Demonstration abubrechen oder gar eine zukünftige Demonstration präventiv zu verbieten. Eingriffe in die Demonstration als Ganzes sind erst zulässig, wenn die Versammlung insgesamt gefährlich wird. Und auch in solchen Fällen ist der Staat gehalten, nach Möglichkeit das mildeste Mittel zu wählen. Das heißt im Zweifel: Eingriff erst in Reaktion auf konkrete Verstöße und Gefährdungen, nicht jedoch von vornherein; konkrete Auflagen und Eingriffe statt umfassendem Verbot oder Abbruch. Die vorherige Untersagung einer Demonstration ist im liberalen Rechtsstaat eigentlich die Ausnahme.

Einschränkung von Kunst- und Meinungsfreiheit

Der Verdacht, dass der Staat Palästinenser:innen und propalästinensische Stimmen stärker beschränkt als rechtlich erlaubt, drängt sich

auch in anderen Bereichen auf. So ging die Stadt München durch drei Instanzen, nur um sich vom Bundesverwaltungsgericht sagen zu lassen, was eigentlich schon im dritten Semester gelehrt wird: Der Zugang zu öffentlichen Räumen muss gleich und unabhängig von der geäußerten Meinung gewährt werden. Deshalb haben auch BDS-Befürworter:innen einen Anspruch auf die Zurverfügungstellung von Räumen, die andere Gruppen nutzen dürfen. Das Gleiche gilt für den Musiker Roger Waters, der sich in einer Form für die Rechte von Palästinenser:innen einsetzt, die einige für antisemitisch halten. Der Versuch der Stadt Frankfurt, sein Konzert in einer städtischen Halle zu verbieten, hielt vor den Gerichten nicht stand.

Ähnliches gilt für die Kunstfreiheit. Wegen der Zurschaustellung von Kunstwerken mit Israel-Bezug, die im vergangenen Jahr auf der Kunstaussstellung documenta in Kassel zu sehen waren, wurden mehrere Strafanzeigen gestellt. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat ausführlich begründet, warum sie kein Ermittlungsverfahren eröffnet. Umfassender hat der Verfassungsrechtler Christoph Möllers in einem Gutachten für das Kulturstaatsministerium dargelegt, warum selbst als antisemitisch erachtete Kunst im Zweifel von der Kunstfreiheit gedeckt ist. Schließlich ist auch die Meinungsfreiheit weitreichend geschützt. So entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2022, dass private Aufrufe zum Boykott Israels vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind. In Deutschland hat sich das noch nicht überall herumgesprochen.

So ergibt sich ein zweischneidiges Bild. Palästinenser:innen sind zwar grundsätzlich weitreichend von den Grundrechten geschützt. Es ist aber nicht immer leicht, diese geltend zu machen. Denn während die Gerichte im Großen und Ganzen recht stabil die Grundrechte durchsetzen, treten andere staatliche und nichtstaatliche

che Akteure repressiver auf. 2019 erließ der Bundestag die sogenannte Anti-BDS-Resolution, in der die BDS-Bewegung als antisemitisch eingeordnet und die Vergabe öffentlicher Räume an ihre Anhänger:innen für nicht wünschenswert erachtet wurde. Obwohl die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags selbst feststellten, dass die Resolution als Gesetz verfassungswidrig wäre und nur wegen ihres unverbindlichen Charakters bestehen bleiben könne, berufen sich staatliche Institutionen weiterhin regelmäßig auf sie. Eine Klage gegen die Resolution wurde in erster Instanz aus formalen Gründen abgewiesen; das Verfahren ist in der Berufung.

Journalist:innen unter Druck

Insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigen sich Einschränkungen. So wurde einer Journalistin, Nemi El-Hassan, eine Moderatorenstelle in einer Wissenschaftssendung beim WDR versagt, als sich herausstellte, dass sie viele Jahre zuvor (2014, während des Gaza-Krieges) am umstrittenen Al-Quds-Marsch teilgenommen hatte. Dem Moderator einer Kindersendung, Matondo Castlo, wurde vom Kinderkanal gekündigt, nachdem seine Teilnahme an einem Kinder- und Jugendfestival im Westjordanland publik geworden war – seine Beteuerung, vom politischen Charakter der Veranstaltung nichts gewusst zu haben, half ihm nichts. In beiden Fällen ging es um nicht-politische Sendungen; in beiden Fällen beugten sich die Sender dem Druck der Bild-Zeitung, die die Fälle skandalisiert hatte.

Wo Journalist:innen zu Gericht gehen, bekommen sie nicht selten Recht – so im Fall mehrerer arabischer und arabischstämmiger Journalist:innen, denen die Deutsche Welle wegen angeblich antisemitischer Aktivitäten gekündigt hatte. Dies geschah häufig nicht aufgrund ihrer

redaktionellen Arbeit, sondern aufgrund ihrer Beiträge auf privaten Social-Media-Kanälen. Auch hier hatte sich der Sender einem öffentlichen Druck gebeugt, wie Gerichte feststellten jedoch zu Unrecht. In der Presse wurde über die Kündigungen und Untersuchungen viel berichtet; von den Urteilen zugunsten der Journalist:innen liest man fast nichts.

Warum dieses restriktive, in Teilen rechtswidrige Vorgehen gegen Palästinenser:innen und ihre Sympathisant:innen? Häufig beruft man sich auf die besondere Verantwortung Deutschlands im Kampf gegen den Antisemitismus sowie darauf, dass die Existenz und Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson seien. Ganz abgesehen von der Frage, inwieweit gewisse Positionen, die von weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung geteilt werden, überhaupt als antisemitisch anzusehen sind, ist diese Erklärung nicht ganz schlüssig. Denn weder die besondere Verantwortung für den Kampf gegen Antisemitismus noch die Staatsräson sind geeignete Grundlagen, um Palästinenser:innen Grundrechte vorzuenthalten. Sie mögen den Staat und seine Institutionen binden, Einzelnen können sie im liberalen Staat jedoch nicht so einfach entgegengehalten werden.

Dialog ohne Meinungsäußerung?

Es ist viel davon die Rede, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen nur durch Verständigung zu lösen sei. Das entspricht dem demokratischen Grundverständnis des deutschen Staates, denn auch hier ist dieser Dialog ja wichtig. Damit ist es aber nicht vereinbar, wenn der Staat Palästinenser:innen daran hindert, zu demonstrieren und ihre Position deutlich zu machen. Denn gerade Menschen, die keinen Staat und keine staatlichen Vertreter:innen haben, sind darauf angewiesen, ihre

Positionen in Versammlungen und Meinungsäußerungen zu Gehör bringen zu können. Es ist Aufgabe der Grundrechte – der Versammlungsfreiheit und der Meinungsfreiheit insbesondere – das zu ermöglichen. Auch Menschen, deren Ideologie der Staat mehrheitlich ablehnt, haben ein Recht auf Teilnahme an der politischen Meinungsbildung, haben ein Recht darauf, einer staatlich sanktionierten Position ihre eigene Meinung, ihre eigenen Interessen, entgegenzuhalten.

Wenn deutsche Staatsvertreter:innen im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern eher die Seite Israels einnehmen, ist das eine politische Positionierung, zu der sie berechtigt sind und für die sie historische Gründe haben. Wenn sie aber Palästinenser:innen faktisch immer wieder die Möglichkeit nehmen, ihre eigene Position auch nur frei zu artikulieren, ohne dafür schon Sanktionen befürchten zu müssen, verlassen sie das System des Rechtsstaats und der demokratischen Meinungsbildung. Sie mögen es als Erfolg im Kampf gegen den Antisemitismus verbuchen wollen, wenn Palästinenser:innen davor zurückschrecken, sich öffentlich zu äußern, und wenn Kurator:innen das Risiko nicht eingehen, propalästinensische Künstler:innen einzuladen. In Wirklichkeit fallen sie damit in vordemokratische Muster politischer Auseinandersetzung zurück.



Ralf Michaels ist Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Inhaber eines Chair in Global Law an der Queen Mary University, London, und Professor an der Universität Hamburg.